

Fraktion Aktuell



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Seit vielen Jahren informiert die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig in einem Newsletter über ihre Arbeit. Wir waren die ersten, die in unserer Stadt damit begonnen haben. Und wir setzen dies auch weiterhin fort.

Am 26.10. fand die zweite Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause statt. Diskutiert wurde u.a. über das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept.

Britta Kornmesser

Unsere Themen diesen Monat:

1. Britta Kornmesser- Klares Bekenntnis der SPD-Fraktion zum zügigen Neubau der Brücke am Altstädtischen Bahnhof
2. Jacqueline Eichmüller- THW-Ansiedlung in Kirchmöser Süd wäre ein großer Zugewinn
3. Hanswalter Werner- Essensgeldzuschuss wird nicht gezahlt
4. Carsten Eichmüller- Strom und Gaspreise in der Stadt Brandenburg
5. Hanswalter Werner- Wie geht es weiter mit dem Stadtmuseum im Frey-Haus in der Ritterstraße?



Britta Kornmesser: Klares Bekenntnis der SPD-Fraktion zum zügigen Neubau der Brücke am Altstädtischen Bahnhof

„Wir haben absolutes Vertrauen in die Arbeit des Landesbetriebes für Straßenwesen, wir stehen zur erarbeiteten Planungsvariante und dringen darauf, dass diese

zügig und zeitnah ins Genehmigungsverfahren geht und umgesetzt wird.“ Kernaussage der SPD bei der Pressekonferenz am 24.10.2022

Am 24.10.2022 haben die Fraktionen der SPD, CDU, Freie Wähler und FDP öffentlich im Rahmen einer Pressekonferenz eine gemeinsame Erklärung zu den weiteren Verzögerungen bei wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten, u.a. der Brücke am Altstädtischen Bahnhof abgegeben.

Anlass ist ein aktuelles Beschwerdeschreiben der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Verkehrsminister des Landes Brandenburg, worin die Fachkompetenz des Landesbetriebes für Straßenwesen sowie die vom Landesbetrieb vorgelegte Planungsvariante für den Neubau der Brücke am Altstädtischen Bahnhof in Frage gestellt werden. Diese Meinung ist nicht die Meinung der Mehrheit der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel. Daher war es den die Erklärung unterzeichnenden Fraktionen wichtig gegenüber dem Verkehrsministerium klarzustellen, dass die von Landesbetrieb Straßenwesen vorgelegte Planungsvariante unterstützt wird und dafür zügig Baurecht erlangt werden soll.

Hier die gemeinsame Erklärung:

„Im letzten Stadtentwicklungsausschuss am 12.10.2022 mussten Vertreter des Landesbetriebes Straßenwesen dazu informieren, dass mit der Veränderung des ursprünglich vorgesehenen Planungs- und Genehmigungsverfahrens zum Ersatzneubau der Brücke am Altstädtischen Bahnhof nicht nur dort zu zeitlichen Verzögerungen eintreten werden. Nachdem der Abriss der Brücke bereits 2021 erfolgte, wird für den Neubau nun eine Zeitspanne von 2023 bis 2027 angegeben. Dabei ist der nun um Jahre verschobene Zeitplan abhängig von der Erlangung des

Baurechts. Die Fertigstellung der neuen Brücke in 2027 ist demnach alles andere als sicher.

Dabei sollte es mit dem Brückenneubau eigentlich recht schnell gehen. Der Landesbetrieb wollte dazu von einer gesetzlichen Möglichkeit der Planungsbeschleunigung Gebrauch machen. U.a. die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen trat dem mit einem beauftragten Gutachten entgegen, um Zweifel zu dem beschleunigten Vorhaben zu streuen. Nur deshalb und weil weitere Störmanöver nicht auszuschließen waren, entschied sich der Vorhabenträger gegen die ursprüngliche Variante. Dabei waren die Planungsentwürfe durch den Landesbetrieb Straßenwesen öffentlich vorgestellt und ausgiebig beraten worden. Diese ausgewogene Planung entsprach zweifellos der Aufgabenstellung einen leistungsfähigen Verkehrsknoten zu gestalten.

Die notwendigen Änderungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Brücke am Altstädtischen Bahnhof binden zudem auch personelle Kapazitäten im Landesstraßenbetrieb. In der Folge wird auch die weitere Erneuerung des Zentrumsrings mit der Kreuzung Wilhelmsdorfer Straße verzögert. Hierzu ist nun ein Zeitfenster von 2026 bis 2028 vorgesehen.

Damit werden für unsere Stadt bedeutsame Projekte zur Erneuerung und Ertüchtigung unverzichtbarer Verkehrsinfrastruktur weiter verzögert, werden insbesondere die deutlichen Beeinträchtigungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt länger bestehen bleiben. Auch die spürbaren Beeinträchtigungen für das Wirtschaftsleben, für Unternehmen, die auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur für den Zulieferer und Warenverkehr dringlich angewiesen sind, setzen sich fort.

Diese Situation ist unannehmbar, denn sie bedeutet:

- dass ein Brückenersatzbau erst deutlich später genutzt werden kann und bis dahin weitere und zeitintensive Umleitungswege selbst auch durch Rettungsdienste gefahren werden müssen,
- dass sich Wege zur Arbeit, zur Kita und Schule weiterhin unnötig verlängern,

- dass Stadtteile und Ortsteile weiterhin abgehängt werden, das Stadtzentrum weiterhin nur mit größerem Aufwand zu erreichen ist,
- dass der ÖPNV weiterhin nur eingeschränkte Verbindungen anbieten kann,
- dass für unsere Stadt, unsere Region und unser Land bedeutsame Industriebetriebe weiter in ihrer Entwicklung und in ihren Produktions- und Logistikabläufen eingeschränkt werden, weil Straßen nur mit langen Umleitungen/Umwegen befahren werden können,
- dass auch Gewerbe, Handel und Dienstleistungen weiterhin durch das längere Fortbestehen von Verkehrsbeeinträchtigungen Schaden nehmen werden.

All dies führt zu einem erheblichen Schaden für unsere Stadt. Gerade die Beeinträchtigung des Wirtschaftsstandortes kann für unsere Stadt ungeahnte negative Folgen haben. Dieser Entwicklung wollen wir gemeinsam entschlossen entgegenzutreten. Wir fordern die Verantwortlichen in Land und

Bund auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Umsetzung der dringend notwendigen Vorhaben zu beschleunigen, Hemmnisse zu beseitigen und damit weiteren Schaden von unserer Stadt abzuwenden.

Wir fordern alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in unserer Stadt dazu auf, auf kleinliche Rechthaberei zu verzichten und die besondere Bedeutung der zügigen Umsetzung der Verkehrsprojekte zu erkennen. Wir brauchen keine Verhinderer, wir wollen unsere Stadt gestalten. Mit dem Landesbetrieb Straßenwesen wollen wir ein gemeinsames Vorgehen, nicht Konfrontation. Es muss jetzt darauf ankommen, gemeinsam dafür einzutreten, die Verkehrsprojekte ohne zeitliche Verzögerung umzusetzen.“

Brandenburg an der Havel, 24.10.2022

Die Fraktionen der SPD, CDU, Freie Wähler und FDP





Jacqueline Eichmüller (Sachkundige Einwohnerin): THW-Ansiedlung in Kirchmöser Süd wäre ein großer Zugewinn

Seit geraumer Zeit wird in den regionalen Medien davon berichtet, dass das Technische Hilfswerk (im Folgenden THW) aktuell nach einem neuen Standort für ein Ausbildungszentrum sucht. Da es sich bei dieser Suche des THW um ein sehr großes Areal (bis zu 100.000 m²) handelt, fiel die Industrie- und Gewerbefläche Kirchmöser Süd in den Fokus. Diese Fläche liegt seit ihrer Sanierung brach und wird regelmäßig freigeschnitten. Gemäß einem Gutachten zur Flächennutzung, welches der Stadtverwaltung vorliegt, wird von der Ansiedlung von verkehrsintensiver Industrie bzw. Gewerbe abgeraten. Es wird ersatzweise geraten, die Flächen für regionales und lokales Gewerbe mit geringem Transportbedarf zu nutzen bzw. zu vermarkten. Des Weiteren geht aus dem Gutachten hervor, dass sich die Vermarktungsbestrebungen auf "lärmreduzierende" Interessenten konzentrieren soll. Dies macht aus unserer Sicht auch verstärkt Sinn, da sowohl nördlich als auch (süd-) östlich von der Industrie- und Gewerbefläche Kirchmöser Süd viele Kirchmöseranerinnen und Kirchmöseraner wohnen und leben. Bei dieser Ausgangslage, wäre die Ansiedlung des THW- Ausbildungszentrums für die Entwicklung von Brandenburg an der Havel und im speziellen

von Kirchmöser ein großer Zugewinn für uns alle. Im Antrag 222/2022 „Industrie- und Gewerbeflächenkonzept Brandenburg an der Havel und abgeleiteter Beschluss“ werden nun 100 000 qm dafür reserviert. Es ist gut, wenn Brandenburg an der Havel erst einmal vorhandene Gebiete nutzt, die noch brach liegen, als neue Areale zu errichten. Kirchmöser Süd warte nur darauf, vollends genutzt zu werden. Vorbereitet ist alles. Also liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit ein wenig Engagement der Stadtverwaltung und etwas Glück steht der Erschließung der Industrie- und Gewerbefläche Kirchmöser Süd nichts im Wege. Drückt uns die Daumen!





Hanswalter Werner: Essensgeldzuschuss wird nicht gezahlt

Im Juni 2020 fasst die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel folgenden Beschluss: „Die SVV Brandenburg an der Havel setzt die Preisobergrenze je Essen in der Primarstufe

und der Sekundarstufe, welche von den Eltern zu tragen ist, auf maximal 3,50 Euro für die Primarstufe und 3,65 Euro für die Sekundarstufe fest. Die Stadt trägt den Differenzbetrag zwischen maximal 4,93 Euro und 3,50 (Primarstufe) sowie 5,03 Euro und 3,65 Euro (Sekundarstufe) und rechnet diesen unmittelbar mit dem Caterer ab.“

Dieser Beschluss der Stadtverordneten wurde trotz mehrfacher nachfragen durch die SPD-Fraktion und auch durch Nachfragen in der Einwohnerfrage stunde durch den Oberbürgermeister nicht umgesetzt.

Gleichzeitig setzte die Stadtverwaltung auf ihrer Seite einen grünen Haken an diese Beschlussvorlage was bedeutet: Umgesetzt

Ein sehr merkwürdiger Vorgang, der von den Eltern in der Einwohnerfragestunde im September zurecht kritisiert wurde.

Welche Gründe benennt der Oberbürgermeister für diese Missachtung des Beschlusses der Stadtverordneten?

Zum einen wird gesagt, dass nur bei einem beschlossenen Haushalt und der Genehmigung durch das Innenministerium dieses Geld ausgezahlt werden könnte. Das ist aber mittlerweile geschehen, so dass dieser Grund weggefallen ist.

Des Weiteren wird als Grund genannt, dass der Zuschuss zum Essensgeld Bestandteil der Ausschreibung hätte sein müssen und dieses sei nicht der Fall gewesen.

Meiner Meinung nach wird nach Gründen gesucht, den Beschluss der Stadtverordneten nicht umzusetzen. Es geht dem Oberbürgermeister nicht um die Lösung dieses Problems, sondern um die Benennung von Hindernissen, warum die Umsetzung nicht möglich sei.

Was sind die Konsequenzen?

1. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf eine Mahlzeit in der Schule verzichten, wird weiter zunehmen.
2. Die Eltern, die im Vertrauen auf die Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses das Essensgeld für ihre Kinder vorgestreckt haben, werden sich betrogen fühlen.
3. Solch ein Taktieren und Hinhalten der Eltern durch den Oberbürgermeister trägt in erheblichem Maße zur Politikverdrossenheit bei.





Carsten Eichmüller: Strom und Gaspreise in der Stadt Brandenburg

Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde eine Sondersitzung der Stadtwerke Brandenburg (StWB) an der Havel einberufen. In dieser Sondersitzung wurde über die steigenden Kosten bei Strom und Gas in der Stadt

Brandenburg diskutiert. Durch die Geschäftsführer Herr Haase und Herrn Woik wurde u.a. mitgeteilt, dass die langjährigen Kunden der StWB bei den Kosten Gas und Strom durch die Fixtarife erheblich Vorteile gegenüber den Kunden die zur StWB in die Grundversorgung zurückgekehrt sind, haben. Über den Preisdeckel Gas, und in Folge vielleicht auch beim Strom, konnten keine konkreten Aussagen getätigt werden, da die Bundesregierung die

Regelungen noch nicht komplett festgelegt haben. Im Dezember 2022 braucht der Abschlag für Gas nicht gezahlt werden.

Im Jahr 2023 soll es wieder ein Fixtarif für Strom und Gas geben.

Der Einkaufspolitik der StWB und deren Verantwortlichen ist es zu verdanken, dass die Gas- und Strompreise nicht extrem steigen werden für die Kunden unserer Stadtwerke.

Fazit:

Die Preise für Strom und Gas werden steigen, aber werden für die Kunden der STWB moderat bleiben.





Hanswalter Werner: Wie geht es weiter mit dem Stadtmuseum im Frey-Haus in der Ritterstraße?

Die SVV der Stadt Brandenburg an der Havel hat sich zu Beginn des Jahres 2022 zum Museumsstandort im Frey-Haus in der Ritterstraße bekannt und das mit großer Mehrheit.

Sie hat weiterhin festgelegt,

dass im Wirtschaftsplan des Gebäude- und Liegenschaftsmanagements 100 T€ für Planungsleistungen bereit gestellt werden sollen. Ziel ist es, dass im Jubiläumsjahr der Stadt Brandenburg an der Havel 2028 ein modernes, der Stadt Brandenburg an der Havel angemessenes Stadtmuseum, eröffnet werden kann. Dazu sind erhebliche Anstrengungen nötig, vor allen Dingen was die Finanzierung dieses anspruchsvollen Projektes angeht.

Die Stadt Brandenburg hat einen Projektantrag für energetischen Maßnahmen am Standort Ritterstraße gestellt.

In einem Antrag der Grünen vom 3. 10. 2022 wird der Oberbürgermeister aufgefordert, weitere Anträge zur Aufnahme in das Förderprogramm

„Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland“ bzw. Aufnahme in das Sonderprogramm „Denkmalschutz“ der Bundesrepublik zu stellen.

Die Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung am 26. 10. zu diesem Antrag brachte zunächst kein Ergebnis.

Im Monat November werden sich die dafür zuständigen Ausschüsse mit der Entwicklung des Stadtmuseums beschäftigen. Dann soll auch das schon seit langem geforderte Museumskonzept vorliegen.

Die SPD-Fraktion hofft sehr, dass die Behandlung in den Ausschüssen im Monat November kein Mittel zur Verschleppung des Projektes sondern aus dem ehrlichen Interesse an der Weiterführung des Projektes erfolgt ist.

Für die SPD ist das Stadtmuseum ein unverzichtbarer Teil des kollektiven Gedächtnisses unserer Stadt.

Sie wird deshalb alle Bemühungen, das Museum in der Ritterstraße zu ertüchtigen, unterstützen.

